

Befragung im INSA-Meinungstrend

im Auftrag von openPetition

KW07 2026

The logo for INSA CONSULERE features the word "INSA" in a large, bold, red sans-serif font, with the word "CONSULERE" in a smaller, bold, blue sans-serif font directly below it. To the left of the text is a solid blue vertical bar. The logo is positioned on the left side of a horizontal bar that is divided into a red upper section and a blue lower section.

INSA
CONSULERE

Feldzeit:

06.02. – 09.02.2026

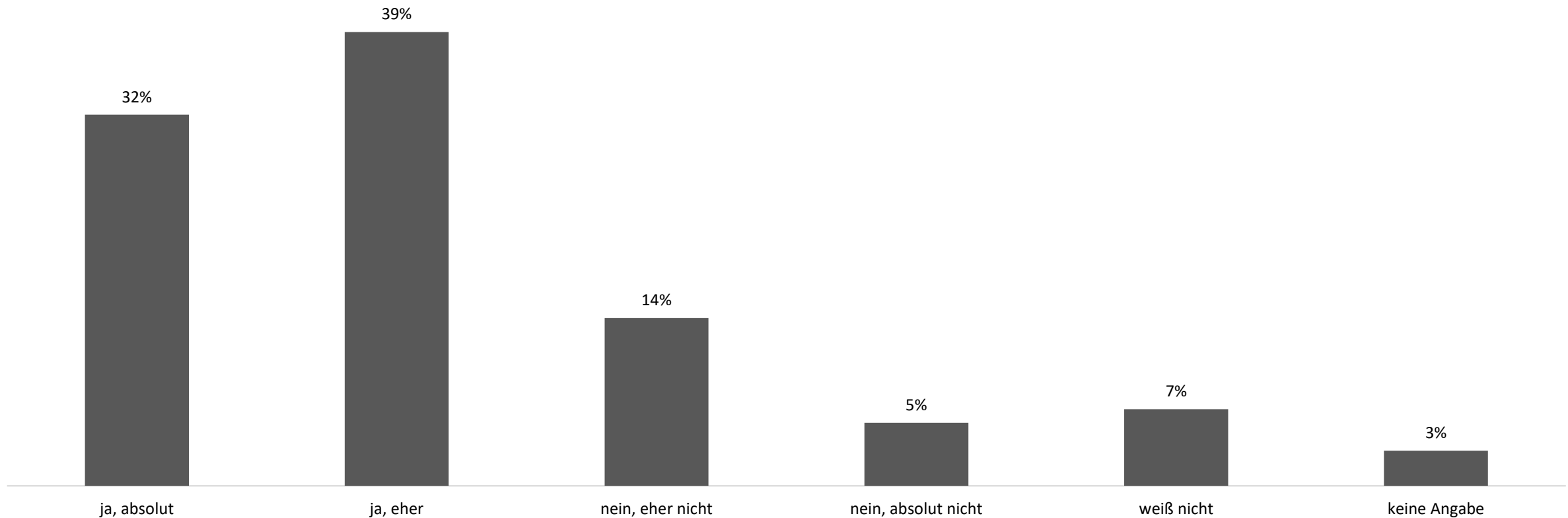
Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung *INSA-Perpetua Demoscopia*.

Stichprobe:

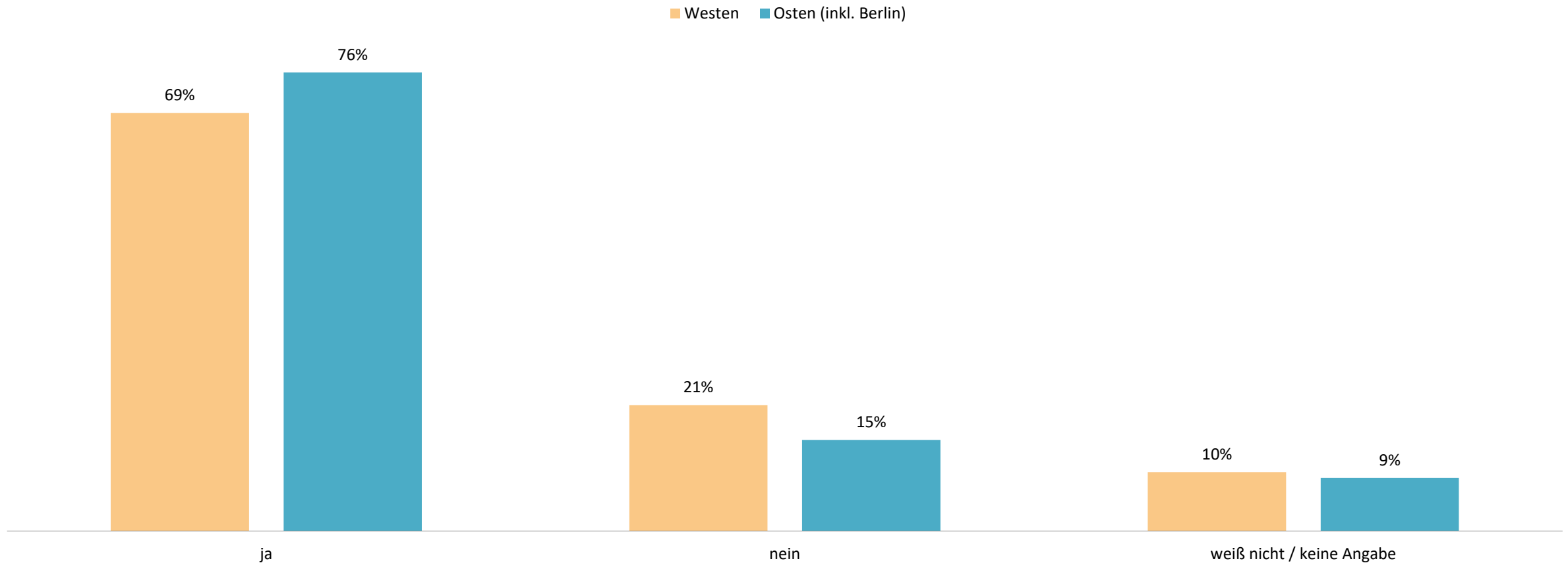
2.004 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Sollten Bürgerinnen und Bürger Ihrer Meinung nach auf Bundesebene stärker an der Gesetzgebung direkt beteiligt werden?



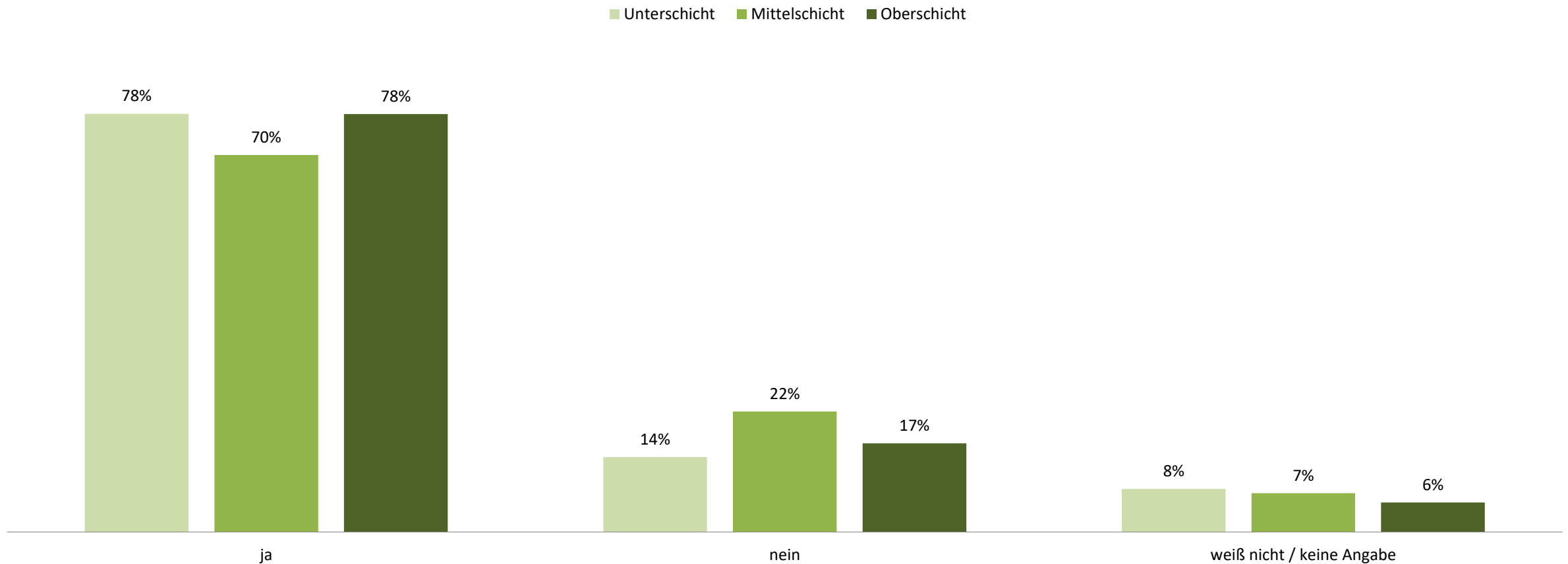
Absolut-mehrheitlich (71 %; kumuliert) wünschen sich die Befragten, dass Bürgerinnen und Bürger auf Bundesebene stärker an der Gesetzgebung direkt beteiligt werden sollten. 32 Prozent bejahen die Frage absolut und 39 Prozent eher. Lediglich 19 Prozent (kumuliert) sehen das eher (14 %) oder absolut (5 %) anders. Ein Zehntel (10 %; kumuliert) kann oder will sich dazu nicht positionieren.

Sollten Bürgerinnen und Bürger Ihrer Meinung nach auf Bundesebene stärker an der Gesetzgebung direkt beteiligt werden?



Sowohl im Westen als auch im Osten sprechen sich die Befragten absolut-mehrheitlich für eine stärkere direktdemokratische Beteiligung aus – im Osten allerdings nochmals deutlicher (76 bzw. 69 %). Sie verneinen entsprechend seltener (15 zu 21 %).

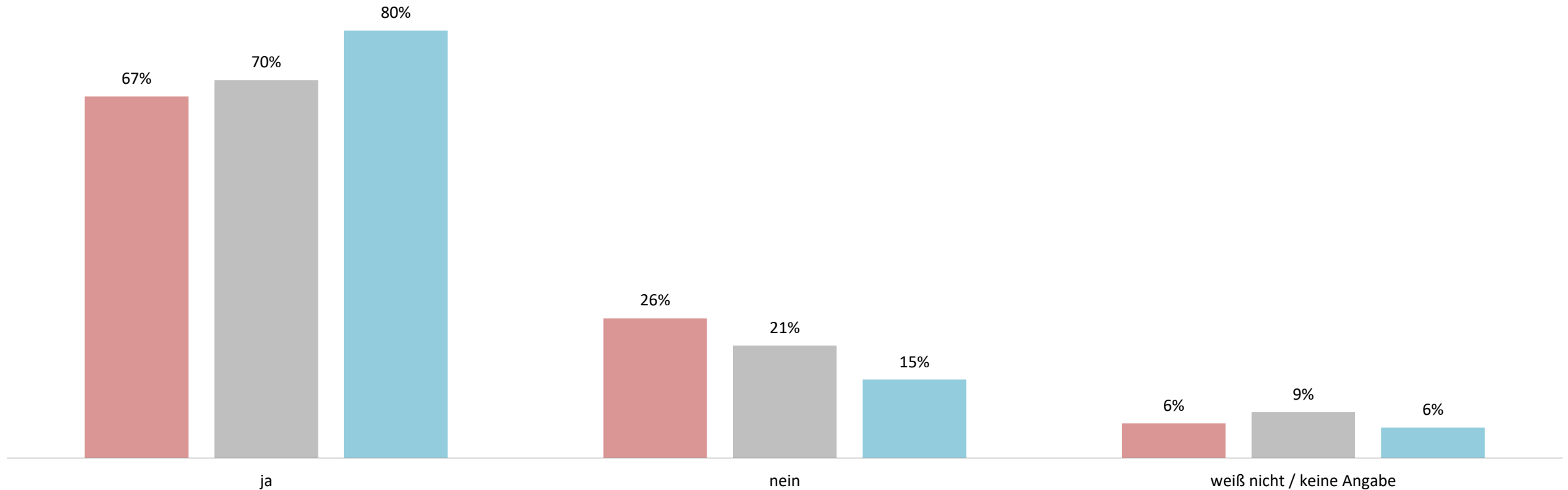
Sollten Bürgerinnen und Bürger Ihrer Meinung nach auf Bundesebene stärker an der Gesetzgebung direkt beteiligt werden?



Befragte, die sich selbst in der Mittelschicht verorten, halten eine stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Bundesgesetzgebung seltener für erstrebenswert als die anderen (70 zu je 78 %) und geben auch häufiger das Gegenteil an (22 zu 14 bzw. 17 %). Gleichwohl votieren alle drei Befragten Gruppen absolut-mehrheitlich für eine solche Idee.

Sollten Bürgerinnen und Bürger Ihrer Meinung nach auf Bundesebene stärker an der Gesetzgebung direkt beteiligt werden?

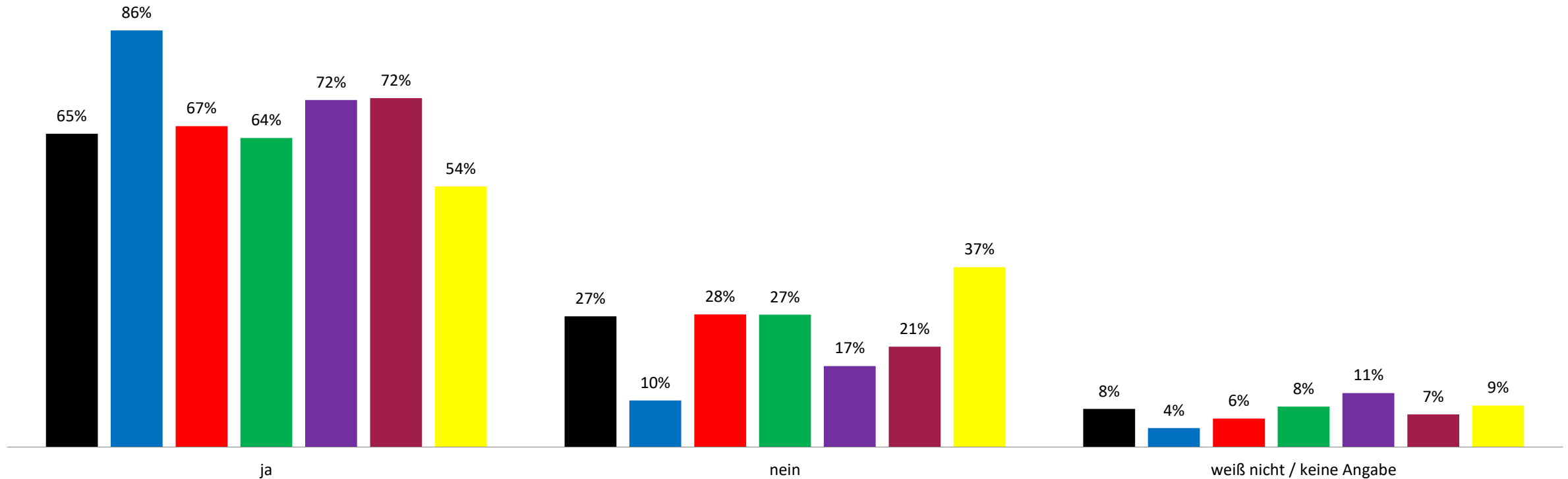
links der Mitte in der Mitte rechts der Mitte



Wenn auch über alle Befragtengruppen hinweg der Wunsch nach einer stärkeren direkten Beteiligung vorherrscht, so erhöht sich der Anteil mit steigender Rechtsverortung von 67 auf 80 Prozent. Im Gegenzug sinken die Werte jener, die sich gegen den Vorschlag stellen, von 26 auf 15 Prozent.

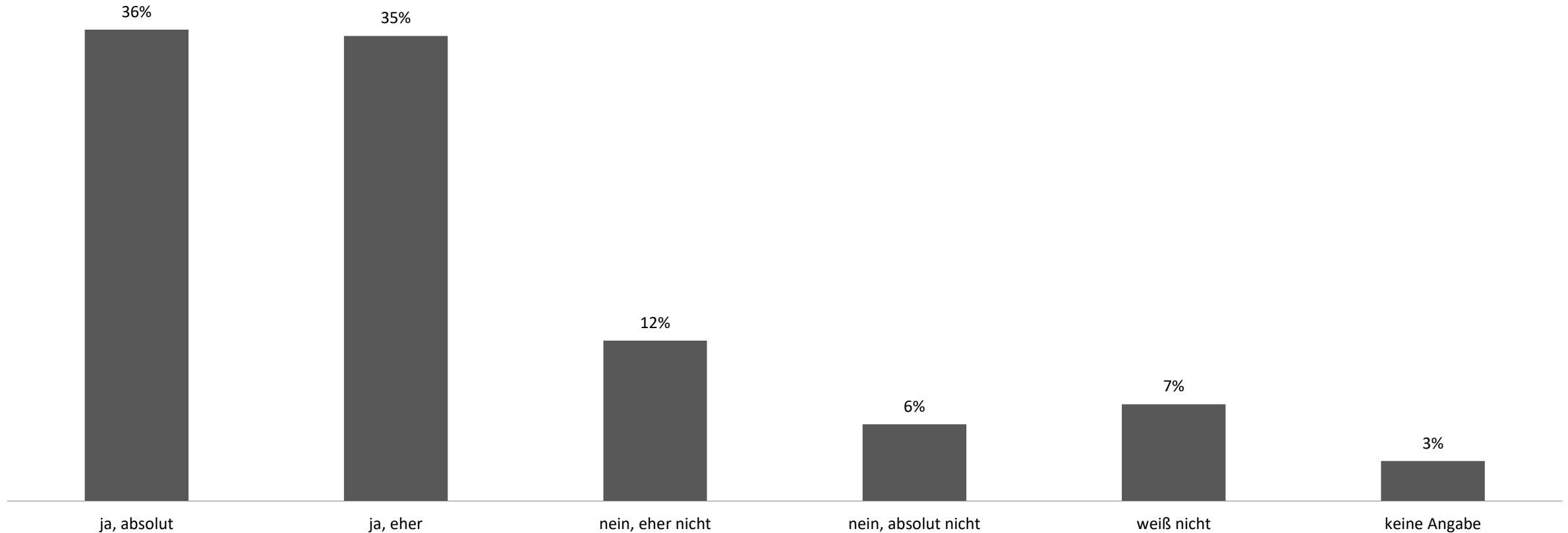
Sollten Bürgerinnen und Bürger Ihrer Meinung nach auf Bundesebene stärker an der Gesetzgebung direkt beteiligt werden?

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW ■ FDP



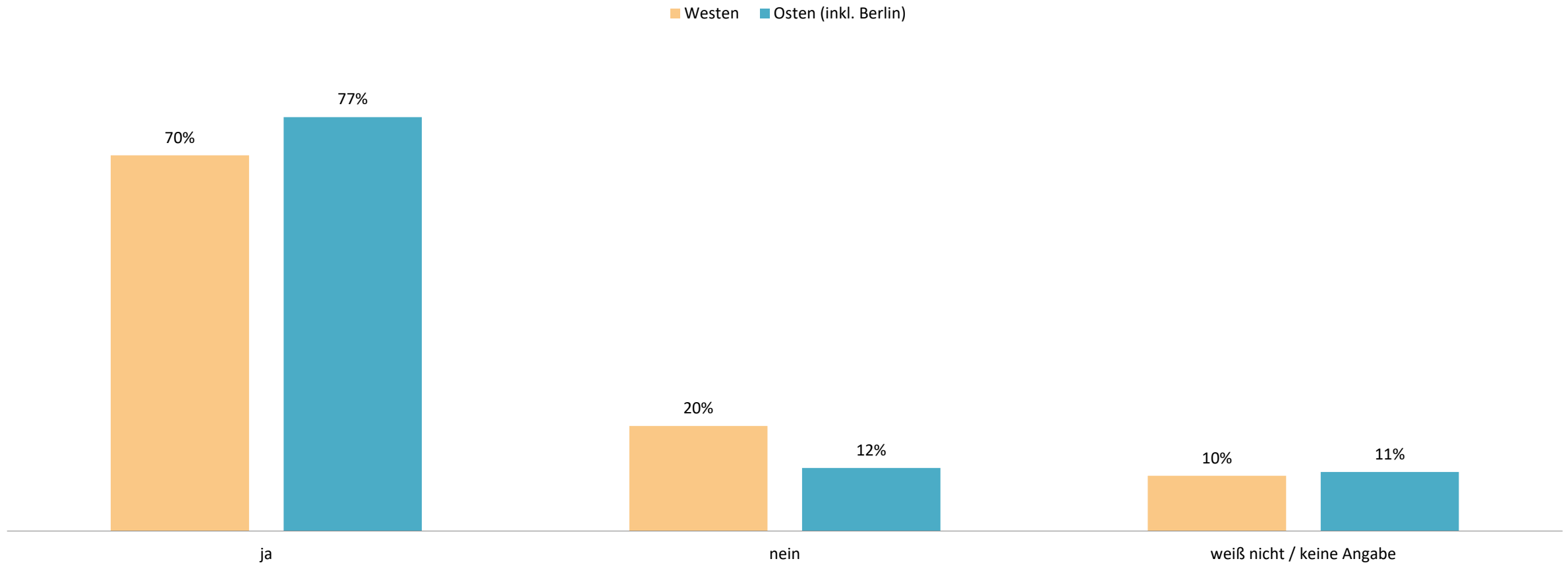
Alle Befragten sind absolut-mehrheitlich für mehr direkte Beteiligung, FDP-Wählende (54 %) allerdings seltener und AfD-Wählende (86 %) häufiger als der Rest (64 – 72 %).

Sollten Bürgerinnen und Bürger Ihrer Meinung nach auf Bundesebene die Möglichkeit haben, unter bestimmten Voraussetzungen ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz per Volksentscheid zu stoppen?



71 Prozent (kumuliert) der Befragten sind absolut (36 %) oder eher (35 %) dafür, dass Bürgerinnen und Bürger auf Bundesebene die Möglichkeit haben sollten, unter bestimmten Voraussetzungen ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz per Volksentscheid zu stoppen. 18 Prozent (kumuliert) sind eher (12 %) oder absolut (6 %) dagegen. Sieben Prozent können die Frage nicht beantworten und drei Prozent wollen es nicht.

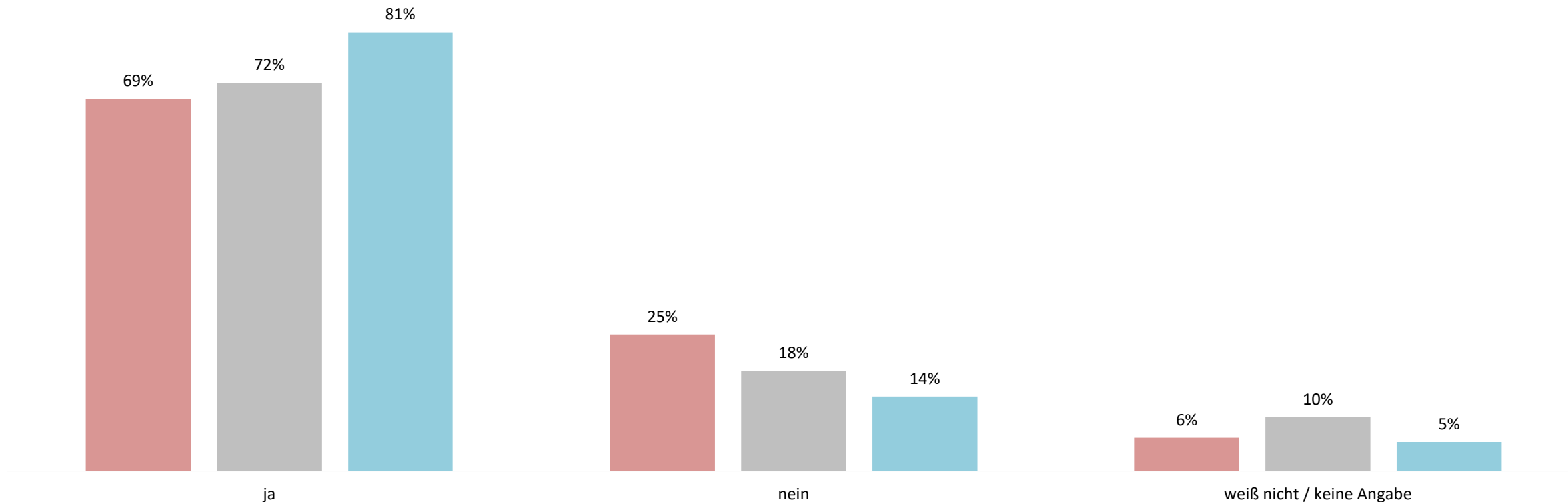
Sollten Bürgerinnen und Bürger Ihrer Meinung nach auf Bundesebene die Möglichkeit haben, unter bestimmten Voraussetzungen ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz per Volksentscheid zu stoppen?



Unabhängig von der Wohnregion stehen die Befragten dem Vorschlag absolut-mehrheitlich positiv gegenüber, im Westen allerdings etwas seltener (70 zu 77 %). Letztere äußern sich entsprechend häufiger kritisch (20 zu 12 %).

Sollten Bürgerinnen und Bürger Ihrer Meinung nach auf Bundesebene die Möglichkeit haben, unter bestimmten Voraussetzungen ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz per Volksentscheid zu stoppen?

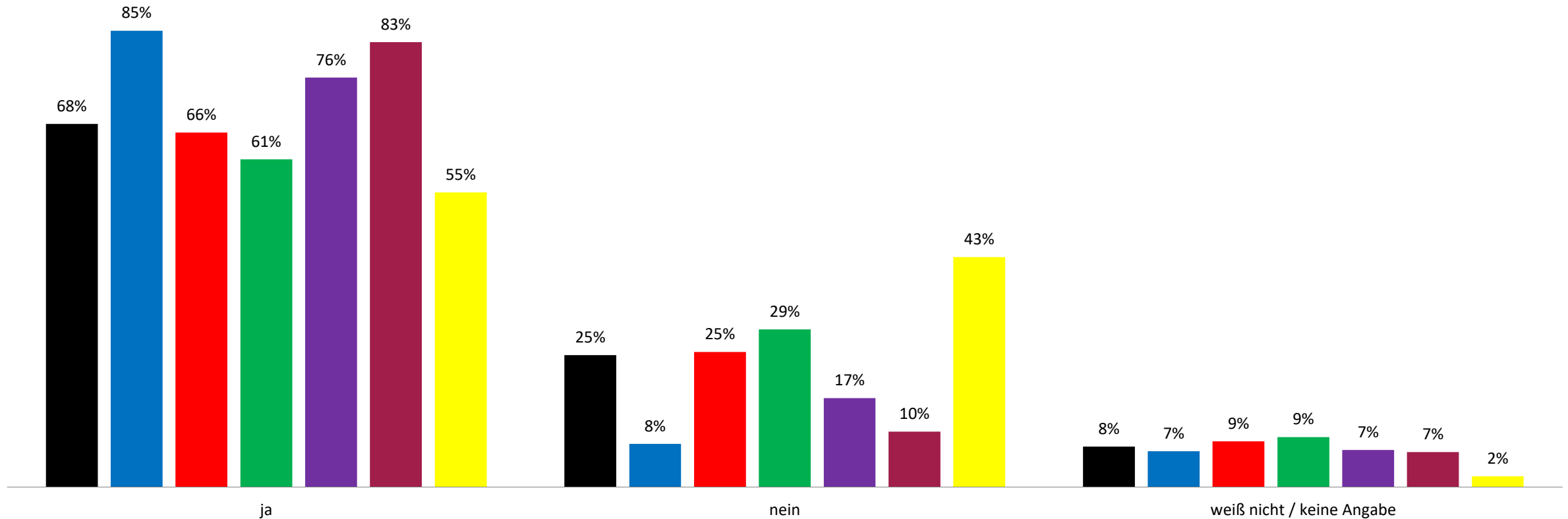
links der Mitte in der Mitte rechts der Mitte



Je weiter rechts sich die Befragten im politischen Spektrum einordnen, umso häufiger bejahen sie die Frage (von 69 auf 81 %) und umso seltener verneinen sie (von 25 auf 14 %). Dennoch überwiegt der Anteil der Befürwortenden klar absolut-mehrheitlich bei allen.

Sollten Bürgerinnen und Bürger Ihrer Meinung nach auf Bundesebene die Möglichkeit haben, unter bestimmten Voraussetzungen ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz per Volksentscheid zu stoppen?

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW ■ FDP



Wählende von AfD (85 %), BSW (83 %) und Linkspartei (76 %) unterstützen die Idee häufiger als jene von Union (68 %), SPD (66 %), Grünen (61 %) und insbesondere FDP (55 %). Bei allen Befragtengruppen stellt dieses Antwortverhalten aber die absolute Mehrheit dar.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.